

## Inhaltsverzeichnis

<b>Antragsbereich 11: Arbeitsmarktpolitik (Ar)</b>		<b>1</b>
<b>Ar-01</b>	<b>Antragsteller: Region Mittelrhein</b>	
Anhebungsschritte beim Mindestlohn		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
.....		1
<b>Ar-02</b>	<b>Antragsteller: AG 60plus NRW</b>	
Mindestlohnkommission		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
.....		1
<b>Ar-03</b>	<b>Antragsteller: UB Kleve</b>	
Ausbeutung von LeiharbeiterInnen in Grenzkommunen Europas verhindern		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
.....		2
<b>Ar-04</b>	<b>Antragsteller: AfA NRW</b>	
Arbeitsrecht: Sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abschaffen		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
.....		3
<b>Ar-05</b>	<b>Antragsteller: AfA NRW</b>	
Existenznot beim Wechsel von Arbeitslosengeld 2 in Arbeit verhindern		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
.....		4
<b>Ar-06</b>	<b>Antragsteller: AGS NRW</b>	
„Arbeit soll sich mehr lohnen, als nicht zu arbeiten“		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
.....		5
<b>Ar-07</b>	<b>Antragsteller: UB Hochsauerlandkreis</b>	
Werkstätten für Menschen mit Behinderung erhalten und eine angemessene Entlohnung für die Arbeitsleistung der Beschäftigten neu ordnen		
<i>Empfehlung der Antragskommission:</i>		
.....		6



**Antragsbereich 11: Arbeitsmarktpolitik (Ar)**

1 **Ar-01**

2 **Antragsteller: Region Mittelrhein**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Anhebungsschritte beim Mindestlohn**

7

8 Die SPD hält die von der Mindestlohnkommission vor-  
9 geschlagenen Anhebungsschritte des Mindestlohns bis  
10 2022 für absolut unzureichend. Sollte hier eine spürba-  
11 re Verbesserung am Widerstand der Union scheitern,  
12 muss dieser Unterschied in der Öffentlichkeit deutlich  
13 dargestellt werden.

14

15 Wir fordern, den Rahmen und den Gestaltungsspiel-  
16 raum des Mindestlohngesetzes auszuschöpfen. Die  
17 Kommission wird aufgefordert, ihre Geschäftsordnung  
18 so anzupassen, dass nicht ausschließlich die allgemeine  
19 Lohnentwicklung herangezogen wird, sondern ein Min-  
20 destschutz als Kriterium aufgenommen wird. (Die bis-  
21 herige Entwicklung ist dem viel zu zaghaften Einstiegs-  
22 niveau von 8,50 Euro zuzuschreiben!).

23

24 Die Forderung nach einem Sprung auf 12 Euro/Stunde  
25 soll ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Profilierung  
26 im Bundestagswahlkampf werden.

27

**Empfehlung der Antragskommission:**

1 **Ar-02**

2 **Antragsteller: AG 60plus NRW**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Mindestlohnkommission**

7

8 Die NRWSPD hält die von der Mindestlohnkommission  
9 vorgeschlagenen Anhebungsschritte des Mindestlohns  
10 bis 2022 für absolut unzureichend. Sollte hier eine spür-  
11 bare Verbesserung am Widerstand der Union scheitern,  
12 muss dieser Unterschied in der Öffentlichkeit deutlich  
13 dargestellt werden.

14

15 Wir fordern, den Rahmen und den Gestaltungsspiel-  
16 raum des Mindestlohngesetzes auszuschöpfen. Die  
17 Kommission wird aufgefordert, ihre Geschäftsordnung  
18 so anzupassen, dass nicht ausschließlich die allgemeine  
19 Lohnentwicklung herangezogen wird, sondern ein Min-  
20 destschutz als Kriterium aufgenommen wird. (Die bis-  
21 herige Entwicklung ist dem viel zu zaghaften Einstiegs-  
22 niveau von 8,50 € zuzuschreiben!).

23

24 Die Forderung nach einem Sprung auf 12,00€/Stunde

**Empfehlung der Antragskommission:**

25 soll ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Profilierung  
 26 im Bundestagswahlkampf werden.  
 27

1 **Ar-03**  
 2 **Antragsteller: UB Kleve**  
 3  
 4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
 5  
 6 **Ausbeutung von LeiharbeiterInnen in Grenzkommunen**  
 7 **Europas verhindern**  
 8  
 9 Die SPD fordert die grundsätzliche Abschaffung der  
 10 Kopplung von Arbeitsvertrag und Mietvertrag. Diese  
 11 Kopplung aus Anwerbung von ausländischen Arbeits-  
 12 kräften aus Osteuropa, die Anstellung als Zeitarbeit-  
 13 nehmerInnen in den Niederlanden und Vermietung von  
 14 Wohnraum bzw. Schlafstätten in Deutschland sowie  
 15 Transport zur Arbeit und zurück führt zu einer nicht  
 16 weiter hinzunehmenden Art von Ausbeutung der Leih-  
 17 arbeiterInnen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit war so  
 18 nicht gedacht. Die von den Sozialdemokraten vorange-  
 19 triebene Reform der sog. Entsenderichtlinie ist ein ers-  
 20 ter Schritt. In Zukunft heißt es grundsätzlich in der EU  
 21 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort“. Nun  
 22 muss dafür gesorgt werden, dass diese in Recht gegos-  
 23 sene Forderung auch tatsächlich umgesetzt wird. Dafür  
 24 fordert die SPD eine mit Weisungsbefugnissen für die  
 25 nationalen Arbeitsbehörden ausgestatte Europäische  
 26 Arbeitsbehörde, die sich insbesondere mit Fällen wie  
 27 denen, die im Kreis Kleve akut sind auseinandersetzen  
 28 kann. Die Kontrollbehörden müssen ebenfalls konse-  
 29 quent mit dem nötigen Personal ausgestattet werden.  
 30 Der Gesetzgeber wird weiterhin aufgefordert Maßnah-  
 31 men zu ergreifen, die auf purer Ausbeutung und Ver-  
 32 schlechterung der Arbeitsbedingungen für die Stamm-  
 33 belegschaften ausgelegten, Geschäftsmodelle zu ver-  
 34 bieten.  
 35  
 36 Darüber hinaus müssen die Kommunen in die Lage  
 37 versetzt werden, einfacher ordnungsrechtliche Schritte  
 38 gegen Unterbringungsabzocke einzuleiten und besser  
 39 kontrollieren zu können, um Missstände aufzudecken.  
 40 Da wo es Probleme gibt, müssen zusätzliche Mittel für  
 41 mehr Personal zur Kontrolle der Arbeits- und Lebensbe-  
 42 dingungen bereitgestellt werden.  
 43  
 44 Die SPD-Kreistagsfraktion wird gebeten, diese Proble-  
 45 me auch im Kreistag wie in der Vergangenheit weiter  
 46 zu thematisieren und den Landrat nachdrücklich aufzu-  
 47 fordern, die Aktivitäten der betroffenen Kommunen zu  
 48 koordinieren und gemeinsam mit den BürgermeisterIn-  
 49 nen an Land, Bund und Europa zu adressieren.  
 50  
 51  
 52 **Begründung**  
 53

**Empfehlung der Antragskommission:**

54 Insbesondere im Umfeld der Beschäftigung sogenann-  
55 ter Wanderarbeiter aus dem Südosten Europas ist hier  
56 in den letzten Jahren ein System strukturierter Ausbeu-  
57 tung mit teilweise katastrophalen Folgen für die Be-  
58 schäftigten entstanden. Insbesondere die Verbindung  
59 der Unterbringung mit dem Arbeitsverhältnis sorgt für  
60 massive Abhängigkeiten. Verliert der/die Arbeitnehme-  
61 rIn den Arbeitsplatz, so landet er/sie auch zeitgleich auf  
62 der Straße.

63  
64 In den Grenzkommunen im Kreis Kleve leben und ar-  
65 beiten viele europäische LeiharbeiterInnen, die in den  
66 Niederlanden bei Zeitarbeitsfirmen arbeiten und in  
67 Deutschland in von den Unternehmen vermittelten  
68 Wohnungen leben. Vor allem niederländische Firmen  
69 verdienen an diesem Geschäft mit Menschen aus Ost-  
70 europa. Sie arbeiten für einen geringen Lohn in den Nie-  
71 derlanden und müssen hier teuren Wohnraum mieten,  
72 der zum Teil nur sehr bedingt geeignet ist und ansonst-  
73 en oft kaum zu vermieten ist. Immer wieder kommt  
74 es deshalb zu Problemen in den Grenzkommunen. Je-  
75 de Kommune muss für sich sehen, wie sie mit diesen  
76 Problemen umgeht. Das ist nicht sinnvoll und richtig.  
77 Die Kommunen brauchen die Unterstützung des Kreises  
78 Kleve sowie die Unterstützung von Land, Bund und Eu-  
79 ropa um gegen diese besondere Kombination von Aus-  
80 beutung und Geschäftemacherei in den Grenzregionen  
81 tätig zu werden.

1 **Ar-04**  
2 **Antragsteller: AfA NRW**  
3  
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
5  
6 **Arbeitsrecht: Sachgrundlose Befristung von Arbeitsver-**  
7 **hältnissen abschaffen**  
8  
9 Der Landesparteitag bekräftigt die Forderung nach Ab-  
10 schaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeits-  
11 verhältnissen und fordert von der Bundesregierung in  
12 einem ersten Schritt zumindest noch die Umsetzung  
13 der Koalitionsvereinbarung in dieser Legislaturperiode.  
14 Demnach soll die Anzahl der befristet Beschäftigten in  
15 Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten auf 2,5%  
16 begrenzt werden.  
17  
18 Der Landesparteitag wendet sich ausdrücklich gegen  
19 die Haltung der Bundesregierung, dass die Abschaf-  
20 fung der sachgrundlosen Befristung wegen der Corona-  
21 Pandemie »hinter den Maßnahmen zur Stabilisierung  
22 des Arbeitsmarktes und der Abmilderung sozialer Fol-  
23 gen« zurückstecken muss.  
24  
25 Sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft oder  
26 müssen wieder zur Ausnahme und das unbefristete Ar-  
27beitsverhältnis zur Regel werden.  
28

**Empfehlung der Antragskommission:**

29

30 **Begründung**

31

32 Die SPD hat sich im Wahlprogramm 2017 (Beschluss  
33 Bundesparteitag vom 25.6.2017) für die Abschaffung  
34 der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnis-  
35 sen ausgesprochen. Der Koalitionsvertrag enthält ein  
36 Bekenntnis zu unbefristeter Beschäftigung und zumin-  
37 dest eine Begrenzung der befristeten Beschäftigungs-  
38 verhältnisse.

39 Eine aktuelle Auswertung des Wirtschafts- und Sozi-  
40 alwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-  
41 Stiftung zeigt, dass die Zahl solcher Beschäftigungen al-  
42 lein von 2017 auf 2018 um mehr als 200.000 gestiegen  
43 ist. Zwischen 2001 und 2018 habe sich die Zahl mehr als  
44 verdreifacht – von 550.000 auf 1,8 Millionen Menschen  
45 „Befristete Beschäftigungen stellen für die zumeist jun-  
46 gen Betroffenen ein Problem dar, weil sie oftmals mit  
47 Einkommensarmut, Einschränkungen hinsichtlich der  
48 sozialen Teilhabe und der Familiengründung verbunden  
49 sind“, sagten die Forscher des WSI.

50 Gerade in Zeiten der Coronavirus-Pandemie werde  
51 es für Arbeiter mit befristeten Verträgen besonders  
52 schwer: „Da wir jetzt in der kommenden Zeit voraus-  
53 sichtlich auch mit Problemen auf dem Arbeitsmarkt zu  
54 kämpfen haben werden, wird es befristet Beschäftigte  
55 besonders treffen“, so das WSI. Diese würden in Krisen-  
56 zeiten nämlich mit als Erste entlassen.

57

1 **Ar-05**2 **Antragsteller: AfA NRW**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Existenznot beim Wechsel von Arbeitslosengeld 2 in**  
7 **Arbeit verhindern**

8

9 Der AfA-Landesvorstand NRW fordert den Landespar-  
10 teitag auf, sich gegenüber der SPD Bundestagsfraktion  
11 dafür einzusetzen bzw. darauf hinzuwirken, dass §11 Ab-  
12 satz 2 Sozialgesetzbuch II (SGB II) geändert wird. Um die  
13 Existenz für den laufenden Monat zu sichern, soll Leis-  
14 tungsbezieher\*innen, die eine Arbeit aufnehmen, das  
15 Arbeitslosengeld 2 im ersten Monat der Beschäftigung  
16 noch weiter ausgezahlt werden.

17

18

19 **Begründung**

20

21 Nimmt eine leistungsberechtigte Person eine sozialver-  
22 sicherungspflichtige Beschäftigung auf, wird die Zah-  
23 lung von Leistungen des SGB II in der Regel sofort ein-  
24 gestellt. Das erste Gehalt bzw. der Lohn fließen jedoch  
25 erst zu Monatsende bzw. zum Anfang des Folgemonats.

26

27 Somit hat diese Person einen Monat lang kein Einkom-

**Empfehlung der Antragskommission:**

28 men. Zugleich müssen aber Miete, Strom etc. zum Mo-  
29 natsanfang gezahlt werden. Der Bezug von Arbeitslo-  
30 sengeldd 2 lässt es in der Realität nicht zu, für einen sol-  
31 chen Fall finanzielle Reserven aufzubauen.

32  
33 Die Betroffenen starten ihre Rückkehr in Arbeit also im  
34 besten Fall mit der Bildung von Schulden. Deshalb soll-  
35 te im ersten Monat eine Überzahlung ohne Rückforde-  
36 rung möglich sein, um den Menschen den Start zu er-  
37 leichtern. Um hier einem Missbrauch entgegenzuwir-  
38 ken soll eine Mindestbeschäftigung von 6 Monaten gel-  
39 ten. Scheidet jemand früher wieder aus kann das über-  
40 zahlte Geld zurückgefordert werden.

41

1 **Ar-06**

2 **Antragsteller: AGS NRW**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **„Arbeit soll sich mehr lohnen, als nicht zu arbeiten“**

7

8 Der Landesparteitag mögen den Vorstand der SPD da-  
9 zu auffordern, sich für eine dringend benötigte Sozi-  
10 alstaatsreform aussprechen. Als Diskussionsgrundlage  
11 soll dabei das Sozialstaatskonzept2030 der AGS-NRW  
12 dienen.

13

14 Das ganzheitliche Konzept stellt Lösungsansätze vor,  
15 wie man die Sozialsysteme bei Rente, Pflege und Ein-  
16 kommen erheblich reformieren kann, sowie Kinderar-  
17 mut durch ein neues Bildungsgeld von 600€ überwin-  
18 den könnte.

19

20 Das Konzept bietet weiterhin eine konkrete Antwort auf  
21 die Digitalisierung von Arbeit im 21. Jahrhundert, in-  
22 dem nach Abschluss der ersten Ausbildung bis zum Tod  
23 ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe in Hö-  
24 he von 1.200€ Netto während einer SV-pflichtigen Be-  
25 rufstätigkeit, einer Erwerbslosigkeit oder Erwerbsmin-  
26 derung und im Alter steuerfinanziert garantiert werden  
27 soll, um so Einkommensarmut, Hartz4 und Armutsren-  
28 ten zu überwinden.

29

30 Durch die enthaltenden Finanzierungsvorschläge sollen  
31 Sozialleistungen auf den Bund verlagert werden, um so  
32 Kommunen um ca. 10-15 Mrd. € p.a. davon zu entlasten  
33 und das Rentenniveau ansteigen lassen. Ebenso wie ei-  
34 ne höhere Beteiligung der Arbeitgeber, der Beamten so-  
35 wie Politiker an der Altersrente der Arbeitnehmer einge-  
36 fordert wird.

37

38 Durch die Einsparungen in den Kommunen soll es zu  
39 sinkenden Gewerbesteuerabgaben für Firmen führen  
40 und so den Wirtschaftsstandort Deutschland interes-  
41 santer gestalten, soll es zu mehr Chancengleichheit bei  
42 der Bildung des künftigen Fachkräftenachwuchses und

**Empfehlung der Antragskommission:**

43 einer, der Zeit angemessenen, modernen Infrastruktur  
 44 für Arbeitnehmer\*innen führen.

45

46 Das Sozialstaatskonzept erfüllt dabei bereits die Vor-  
 47 gaben des Sozialstaatspapiers der SPD, beinhaltet aber  
 48 dennoch weitere sozialstaatliche Aspekte wie die der  
 49 Teilverstaatlichung der Pflege, eine größere Lastenvers-  
 50 teilung der Steuern auf hohe Einkommen ab 250.000€,  
 51 sowie eine für alle Beteiligten faire Möglichkeit für dau-  
 52 erhafte günstigere Mieten in Ballungsgebieten.

53

54

55 **Begründung**

56

57 Erfolgt mündlich

1 **Ar-07**

2 **Antragsteller: UB Hochsauerlandkreis**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Werkstätten für Menschen mit Behinderung erhalten**  
 7 **und eine angemessene Entlohnung für die Arbeitsleis-**  
 8 **tung der Beschäftigten neu ordnen**

9

10 Der Landesparteitag möge beschließen:

11

12 1. Ein grundsätzliches Bekenntnis zum Erhalt der Werk-  
 13 stätten für Menschen mit Behinderung – Sicherstellung  
 14 der Teilhaberechte gem. UN-BRK

15

16 2. Sicherstellung einer dauerhaften und ausreichenden  
 17 Finanzierung der Werkstätten durch den Staat, unter  
 18 Einbindung aller zu beteiligenden Kostenträger im Be-  
 19 reich der Sozialhilfe und der Bundesagentur für Arbeit

20

21 3. Zur Kalkulation der erforderlichen finanziellen Mittel  
 22 liegen ausreichende Berechnungsgrundlagen der bishe-  
 23 rigen Kostenträger vor und sind zu evaluieren.

24

25 4. Die Träger der Einrichtungen, vertreten durch ihre  
 26 Dachverbände und die BAG der freien Wohlfahrtspflege  
 27 (BAGFW) sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft Werk-  
 28 stätten für behinderte Menschen e.V. (BAGWfbM e.V.)  
 29 sind am laufenden Evaluierungsprozess zu beteiligen.

30

31 5. Endgeldneuordnung für die Beschäftigten der Werk-  
 32 stätten für Menschen mit Behinderungen.

33

34 6. Die Beschäftigten in den Werkstätten brauchen ein  
 35 fest einzukalkulierendes monatliches Einkommen zur  
 36 weitgehend selbstbestimmten Lebensführung, welche  
 37 nicht aus dem Arbeitsergebnis der Werkstatt erwirt-  
 38 schaftet, sondern aus öffentlichen Mitteln finanziert  
 39 werden sollte. Ein festes monatliches Einkommen sollte  
 40 mindestens den Grundlohn in Höhe des Ausbildungsgel-  
 41 des miteinschließen, welcher Bestandteil des Ar-

**Empfehlung der Antragskommission:**

42 beitsförderungsgeldes werden könnte.“

43

44

45 **Begründung**

46

47 Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung (kurz:  
48 WfbM) leisten unschätzbare Dienste zur Teilhabe am  
49 Arbeitsleben und für die berufliche Qualifikation der  
50 Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinde-  
51 rung. Für Menschen mit hohem Assistenzbedarf ist es  
52 die einzige Möglichkeit am Arbeitsleben entsprechend  
53 ihrer Fähigkeiten begleitet und unterstützt teilzuhaben.

54

55 Nur wenige der ca. 310.000 Menschen mit Behinderung,  
56 die heute in einer WfbM arbeiten, haben eine realisti-  
57 sche Chance in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu  
58 werden, so dass ein auskömmlicher Lebensunterhalt  
59 selbst erwirtschaftet werden kann, ohne Abhängigkeit  
60 von Sozialhilfe.

61

62 Durch die bisher von überörtlichen Sozialhilfeträgern  
63 (LWL und LVR in NRW) und weiteren Kostenträgern si-  
64 chergestellte Finanzierung eines Werkstattarbeitsplat-  
65 zes (nach entsprechender Beurteilung und Bewilligung)  
66 können die Werkstätten bei entsprechender Auslastung  
67 die Aufgabe, Teilhabe an Arbeit für schwer- und mehr-  
68 fach behinderte Menschen zu ermöglichen, erfüllen.

69

70 Die Forderung, die WfbM solle die dort beschäftigten  
71 Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermit-  
72 teln, scheitert nicht an der Bereitschaft oder am gutem  
73 Willen aller Beteiligten, sondern an den eingeschränk-  
74 ten Möglichkeiten der Menschen mit individuell sehr  
75 unterschiedlicher Behinderung, sowie an den Umstand,  
76 dass dieser trotz mancher Bemühungen, längst nicht  
77 so inklusiv ist, um auch diesen Menschen einen an ih-  
78 re Möglichkeiten angepassten Arbeitsplatz und ein Ar-  
79beitsumfeld zu bieten, welcher all ihren Bedürfnissen  
80 gerecht wird.

81

82 Die regionale Bereitstellung von Arbeitsplätzen in aus-  
83 reichender Zahl in den WfbM ist durch die Eingliede-  
84 rungshilfefinanzierung aufrechtzuerhalten.

85

86 Endgeldneuordnung für die Beschäftigten der Werk-  
87 stätten für Menschen mit Behinderungen

88

89 Derzeit werden die Löhne in den WfbM von diesen aus  
90 selbsterwirtschafteten Erträgen finanziert. Dabei sind  
91 gesetzliche Vorgaben einzuhalten (z.B. Grundlohn, Ar-  
92beitsförderungsgeld, leistungsabhängiger Steigerungsbetrag etc.).

93

94  
95 Zukünftig sollte das Entgelt der Beschäftigten in Werk-  
96 stätten nicht nur von der Ertragslage der jeweiligen  
97 WfbM abhängig sein, sondern transparent und leis-  
98 tungsgerecht auf ein Niveau angehoben werden, dass  
99 die Abhängigkeit von anderen Sozialhilfeleistungen ver-  
100 ringert. Die Beteiligung der Werkstätten je nach Ertrags-

101 situation ist richtig, darf allerdings nicht allein die Höhe  
102 des Endgeldes der Beschäftigten bestimmen.

103

104 Die Integrationsämter der Länder sind die Verwalter der  
105 Ausgleichsabgaben und zuständig für die Unterstüt-  
106 zung der WfbM beim Übergang von Werkstattbeschäf-  
107 tigten in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Diese sollten  
108 mehr als bisher in die Verantwortung genommen wer-  
109 den, Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes zu suchen  
110 und Firmen, mit denen schon heute Förderprogram-  
111 me laufen, dazu zu bewegen mehr behindertengerech-  
112 te Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Erhöhung der Aus-  
113 gleichsabgabe und eine Neuausrichtung ihrer Verwen-  
114 dung könnte ein Schritt zur Integration von Menschen  
115 mit Behinderung auf den ersten Arbeitsmarkt sein oder  
116 aber die Finanzierung der WfbM-Löhne zu sichern.